



Bermatingen kommunal

Mitteilungen des Ortsvereins der SPD

für die Ortsteile Bermatingen und Ahausen

Nr. 43

Im Juli 2002

Wir sind wieder da ...

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Sie halten gerade eine Ausgabe des ‚Bermatingen Kommunal‘ in der Hand. Diese Zeitung wurde vor einigen Jahren von D. Brandt und M. Buchwalsky ins Leben gerufen. Mit ihrer würzigen und spritzigen Informationsart zu den aktuellen kommunalen Themen war sie begehrt Lesestoff. Wir lassen diese Zeitung nun wieder aufleben.

Im SPD Ortsverein Bermatingen Ahausen, haben wir in den letzten Jahren konsequent den Generationswechsel durchgeführt. Dabei wurde ich in der letzten Hauptversammlung im Februar diesen Jahres zum 1. Vorsitzenden gewählt. Ich bin 40 Jahre alt, verheiratet und habe eine Tochter. Beruflich arbeite ich als Abteilungsleiter einer Elektronikfertigung in Tettang. Seit der Kommunalwahl vor 3 Jahren wirke ich aktiv im SPD-Ortsverein mit. Ich habe mich für die SPD entschieden, weil ich hier erleben konnte, daß zu den kommunalen wie auch allgemein politischen Themen frei, offen und auch kontrovers diskutiert wird und auch diskutiert werden darf. Unsere Mitglieder setzen sich aus allen Altersgruppen zusammen und auch beruflich wird ein breites Spektrum erfasst. Besonders schön ist es für mich, auf einen starken **aktiven** Personenkreis zugreifen zu können. Somit wird es uns sicher möglich sein, auch mit Aktionen unser kommunales Interesse zu unterstreichen. Dennoch suchen wir natürlich ständig nach neuen Mitgliedern, die sich gern aktiv und auch mit Ideen bei uns einbringen können.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, wir stehen wieder mal vor einer Wahl, einer wichtigen Wahl. Am 22. September entscheiden wir, ob es zu einer Fortsetzung der rot-grünen Koalition mit einem Bundeskanzler Gerhard Schröder oder zum Regierungswechsel mit Edmund Stoiber kommt. Wir versuchen mit Informationen aus Berlin, die unseres Erachtens doch positive Arbeit unserer Regierung darzustellen. Wir glauben nicht daran, daß ausgerechnet jetzt die CDU alles besser kann, zumal sie es 16 Jahre lang nicht geschafft hat. Wir wollen Sie nicht überreden, sondern überzeugen. Doch eines ist besonders wichtig. **Gehen Sie wählen.** Der Ortsverein Bermatingen-Ahausen war Augenzeuge bei der Wahl in Frankreich (wir waren im

Europaparlament in Straßburg) und haben dort gesehen, daß die (Extrem)**Rechten** immer wählen gehen. Nur durch den hohen Anteil der Nichtwähler bekommen diese Gruppierungen erschreckend gute Ergebnisse. Durch ihre Stimme bei der Bundestagswahl können Sie das verhindern.

Andreas Kemmer / Vorsitzender
SPD-Ortsverein Bermatingen-Ahausen

Eine unendliche Geschichte

Man muß doch alles aufheben!

Schon oft sollten die alten Unterlagen weggeworfen werden. Aber Vorsicht! Man glaubt es nicht, auch nach 12 Jahren ist der Inhalt der angefledderten Mappe höchst aktuell und hilfreich.

Um was geht es:

Die Bermatinger SPD besitzt ganze 27 sogenannte Mastaufhänger in deren Plastikhüllen die Wahlplakate gesteckt werden um die Slogans in Bermatingen und Ahausen an den Wähler zu bringen. So weit, so gut. Aber wir haben fast darauf gewartet, versucht man nun zum wiederholten mal dieses infrage zu stellen; daß man doch die offiziellen Plakatwände hätte und der Verkehr würde gefährdet und das Ortsbild verschandelt.

Dabei ist die Rechtslage klar und in zahlreichen Grundsatzurteilen niedergelegt, alle fein säuberlich in der oben erwähnten Mappe gesammelt. Dieses Jahr heißt es nun daß zwar die baurechtliche Genehmigung von den Gerichten generell erteilt sei, jedoch die straßenrechtliche Sondernutzung müsse in jedem Falle beantragt werden. Diese könne zwar nicht abgelehnt werden, aber es müsse eben alles seine Ordnung haben.

Man faßt sich an den Kopf. Es geht hier nicht etwa um die Umgehungsstraße oder um den Schulneubau. Nein,- hier will nur eine demokratische Partei für ein paar Wochen ein paar Plakate aufhängen. Und wehe man macht einen Fehler. Vor 4 Jahren wurden den Grünen ihre angeblich nicht genehmigten Plakatständer vom Bauhof über den Zaun in den Garten gekippt. Man kann nur hoffen, daß uns das dieses mal erspart bleibt.

Fazit: Die SPD in Bermatingen-Ahausen wird auch dieses mal ihre Plakataufhänger anbringen,

vorher brav den Antrag stellen der ja sowieso nicht abgelehnt werden kann, nach der Wahl brav alles wieder abnehmen, einmotten, den Ordner mit den Grundsatzurteilen wieder in den Schrank stellen, in 4 Jahren wieder rausholen usw. usw. usw.

Und noch was: Da fordert doch ein bürgerliches GR Mitglied allen Ernstes von den Parteien eine Nutzungsgebühr für den zur Verfügung gestellten öffentlichen Verkehrsraum zu verlangen. Da wurde es dem Schultes dann aber doch zu bunt...

Vernünftig über Familie, Bildung, Jugend debattieren

Kleine und große Politik gehören zusammen ...

Bildungsqualität und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind nicht nur bundespolitisch von höchster Brisanz. Sie gehören zu vielmehr den Themen, die auch unmittelbar für das Leben in der Gemeinde von Belang sind. Aus diesem Grunde widmet sich eine spezielle Arbeitsgruppe des Ortsvereins seit jüngerer Zeit diesem Themenbündel.

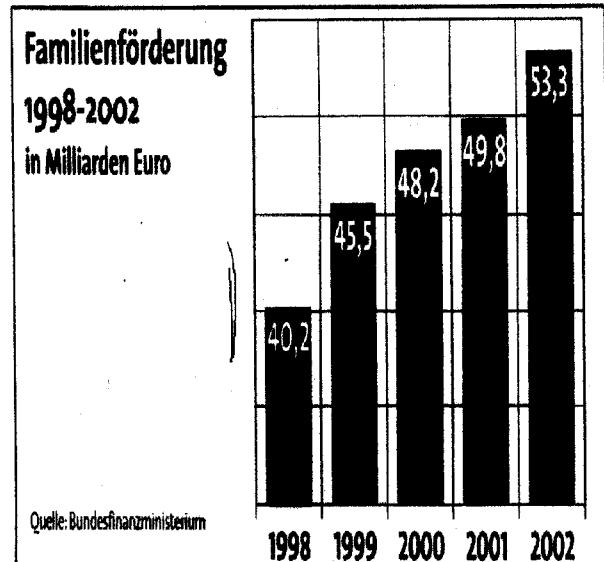
Der Stachel Pisa ...

Ein Auslöser für die intensive Auseinandersetzung war dabei die öffentliche Erregung über die sogenannte PISA-Studie und deren Interpretation durch die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen. Positiv an der breiten Aufnahme der PISA-Studie ist, dass sie eine Vielzahl von Diskussionen vom Familien- über den Stammtisch bis hin zu vielen politischen Gremien angestoßen hat. Bildung und Erziehung scheinen wieder salonfähige Themen zu werden. Es geht aus unserer Sicht darum, diesen Schwung in der politischen Arbeit aufzunehmen und vor Ort umzusetzen. Allerdings sollte dies unaufgeregt und nüchtern geschehen. Vor allem sollte diese politische Arbeit dabei die Kinder und Jugendlichen im Blick haben, um deren Alltag und zukünftige Entwicklungs- und Partizipationschancen in der Gesellschaft es in diesem Zusammenhang eigentlich geht.

Eine Lanze für die eigentlich Betroffenen brechen ... Lernen und Bildung müssen "trendy", "chic" und "angesagt" werden

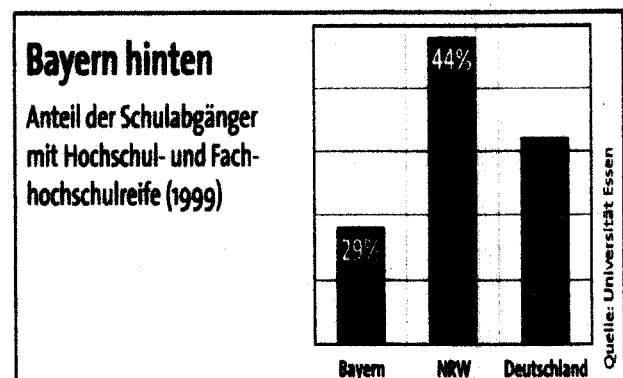
Denn die Perspektive der Kinder und Jugendlichen wird allzugerne ausgeblendet. Es muss den jungen Menschen vorgelebt werden, dass Wissen und Bildung "chic", "trendy" und angesagt sind. Lange Zeit hat man Kindern und Jugendlichen den Eindruck vermittelt, Cleverness und Bauernschläue im schnellen Geldverdienen seien das einzig Erstrebenswerte (Motto: Mein Haus, mein Pferd, mein Auto) – jetzt ist an der Zeit, gegenzusteuern und die Lust am Lernen, am Entdecken von Zusammenhängen systematisch zu fördern. Das kann gerade auch auf der kommunalen Ebene vermittelt werden, durch öffentliche Anerkennung von guten

Lernleistungen sowie der materiellen Unterstützung von Eltern- und Kinderinitiativen und schließlich der Bereitstellung von Sachinformationen.



Praktische Anliegen: Sachlich informieren und konkrete Einzelprojekte fördern

Daher soll die praktische Arbeit im Ortsverein nicht zu kurz kommen. In einem ersten Schritt werden wir im Herbst/Winter eine Informationsveranstaltung zum Thema Bildung und Lebenschancen durchführen. Vor allem soll hier nochmals der immer wieder erhärtete Befund des Zusammenhangs von sozialstruktureller Benachteiligung und Bildungsbeteiligung, der von konservativen Politiker gern ignoriert wird, aufgezeigt werden. In einer zweiten Phase soll durch eine Serie kleinerer Veranstaltungen mit Jugendlichen, Experten der pädagogischen Szene und betroffenen Eltern das Thema weiter vertieft werden. Ziel diesen kleinen, aber hoffentlich feinen "Bildungsallianzen" ist es, einen kleinen Beitrag zur Verbesserung von Lernqualität vor Ort zu leisten.





Ortsumfahrung Bermatingen

Zu einem der wichtigsten Themen in Bermatingen zählt sicher die geplante Ortsumfahrung. Die tägliche Autolawine durch Bermatingen hat eine bedrohliche Größe angenommen. Dies wird auch durch ein Verkehrsgutachten des Straßenbauamtes bestätigt. Wir sind der Meinung, daß die Ortsumfahrung unabdingbar ist. Was wir allerdings nicht gutheißen können, ist eine unzureichende Informationspolitik aus der Gemeindeverwaltung. Dies schürt Ängste und Unsicherheiten unter den Bermatingern und Ahauser Bürgerinnen und Bürger. Außerdem werden Gruppierungen unterstützt, die mit zum Teil unzutreffenden Äußerungen auf sich aufmerksam machen. Da werden dann schnell Kreisstraßen zu Autobahnen ausgebaut, die amtlichen Verkehrszählungen durch nicht nachvollziehbare Zählungen widerlegt usw. usw.

Wir, der SPD Ortsverein Bermatingen-Ahausen haben eine Resolution zum Thema Ortsumfahrung Bermatingen beschlossen, die sie in dieser Ausgabe lesen können. Wir stehen zur Ortsumfahrung !

Resolution des SPD-Ortsvereines

Die Planungen für eine Ortsumfahrung Bermatingens werden befürwortet.

Die Verkehrsbelastung des Ortszentrums hat ein Mass angenommen, das sowohl die persönliche Beweglichkeit der Bürger wie auch die kommunalen Entwicklungspotentiale mit sehr erheblichen Einschränkungen belegt. Mit einer verkehrlichen

Entlastung können wieder Möglichkeiten zur Entwicklung des Ortszentrums zu einem attraktiven Lebensraum in gestalterischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht geschaffen und dem Prädikat 'Erholungsort' entsprochen werden.

Die Befürwortung der Ortsumfahrung Bermatingens steht unter den Bedingungen, dass . . .

- zumindest die Standards für Umweltverträglichkeit, für Lärmschutz, sowie für den Wasserschutz eingehalten werden,
- die Finanzierung des Gesamtprojektes Umfahrung Bermatingen/Markdorf zwischen Land, Kreis und Gemeinden derart gestaltet wird, dass der auf die Gemeinde Bermatingen/Ahausen entfallende Anteil den Haushalt nicht auf viele Jahre überlastet. Wir meinen, dass das Land sich deutlich an der Finanzierung der L 205 beteiligen muss; - die GVFG-Gelder sind Bundesmittel.
- die Realisierung des Ausbaues der B 31 entsprechend PF 7.5 erkennbar fortgeführt wird, sodass die ausschliesslich regionale Funktion der L 205 neu gesichert wird,
- verkehrsberuhigende Massnahmen innerorts insbesondere im Bereich der Ortseinfahrten eingerichtet werden,
- neben dem Strassenbau die Attraktivität des ÖPNV (Bus und Bahn, Netzkarte, bequemer u. kostenloser Fahrradtransport, Erhalt des Bahnhofs) sowie der verkehrssichere Ausbau des Radwegenetzes gefördert wird,
- die Bürger zukünftig durch frühzeitige Informationen aus Gemeindeverwaltung und Landratsamt am Fortgang der Verkehrsplanungen besser beteiligt werden.

Glaubwürdigkeitsfalle der Union durch primitiven Wahlkampf

Durch Die CDU/CSU wurden in jüngster Zeit u.a. folgende Gesetzinitiativen der Bundesregierung abgeschmettert:

1. Wir wollen mehr Bürgerrechte durch Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid im Bund. Mehr Demokratie sollte gewagt werden. Auch die CDU/CSU war ursprünglich dafür. Jetzt kneift sie. Nur dagegen sein, ist keine Politik. Wir fragen Herrn Stoiber: Warum ist das, was sie in Bayern gut finden, im Bund nicht gut?

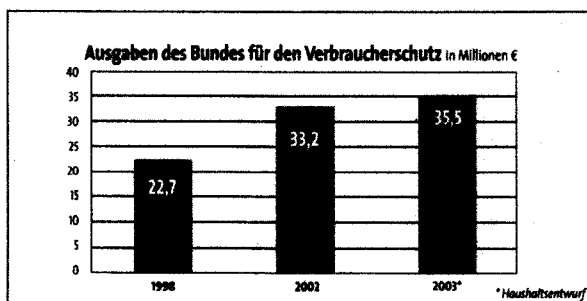
2. Auch sagt die Union nein zum Tariftrueugesetz. Mit der Treue im Bund haben es die Konservativen nicht so gern. Selbst bei öffentlichen Aufträgen sollen Unternehmen den Mindestlohn drücken dürfen. Damit wird die Lohnabwärtsspirale insbesondere am Bau und im öffentlichen Personennahverkehr weiter gefördert. Wir fragen; Warum sollen im Bund Regelungen nicht gelten, die im CSU-Land Bayern und in CDU-Land Saarland bestehen

3. CDU/CSU-Länder lehnen das Verbraucherinformationsgesetz im Bundesrat ab. Kernelemente des von Bundestag beschlossenen Gesetzes sind:

- Informationsrechte der Verbraucher gegenüber Behörden auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene.
- Das Recht für die Behörden die Menschen auch vorsorglich ausführlich über drohende Gefahren aufzuklären.

Wirksamer Verbraucherschutz benötigt die Informationen.

Dafür steht die SPD.

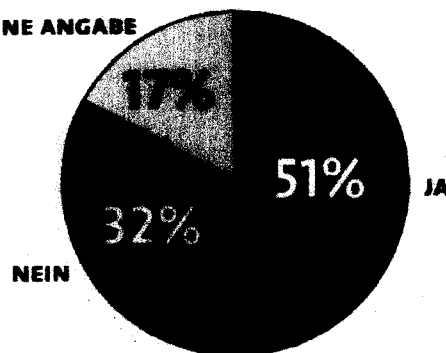


4. Am 1. März 2002 hat der Deutsche Bundestag ein modernes Zuwanderungsgesetz beschlossen. Alle großen gesellschaftlichen Gruppen, - Kirchen, humanitäre Organisationen, Gewerkschaften und die Wirtschaft, haben zugestimmt. Die Zuwanderung sollte begrenzt, die Wettbewerbsfähigkeit gesichert, Arbeitsplätze geschaffen und Asylrechtsmissbrauch eingedämmt werden. Die Union sagt nur nein. Sie befördert dadurch Ängste und Bedrohungsgefühle der Rechtspopulisten.

Mehrheit will Einigung

Sollte die CDU/CSU auf den Kompromissvorschlag der Regierung für das Zuwanderungsgesetz eingehen?

KEINE ANGABE



Quelle: emnid, Die Welt, 28. Februar 2002

War die Regierung Kohl käuflich

Erinnern wir uns, der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzender des parlamentarischen Rechtsausschusses, der Jurist Horst Eylmann bekannte öffentlich: „Helmut Kohl befindet sich im Zustand des permanenten Verfassungsbruchs.“

Und dieser Verfassungsbruch den er begeht, dauert jeden Tag länger an, solange er nicht die Spender bekannt gibt.“

Die parlamentarische Kontrolle des Regierungshandelns wurde bei der Vernichtung wichtiger Akten im Kanzleramt in den letzten Stunden der Kohl'schen Machtabgabe mit fachkundiger Perfektion begangen. Nur logisch, daß der Ex-Kanzler mit Verbissenheit die gerichtliche Blockade der Herausgabe der von der Stasi über seine Telefonate angelegten Telefonprotokolle gerichtlich erstritt. (Wie souverän ein anderer Kanzler, Helmut Schmidt: er läßt seine Stasi-Akten offenlegen).

Nun war der Bundestag im Zugzwang, das Stasi-Unterlagengesetz so zu reformieren, daß die Verwendung von Unterlagen über Prominente für Forschungszweck wieder ermöglicht wird.

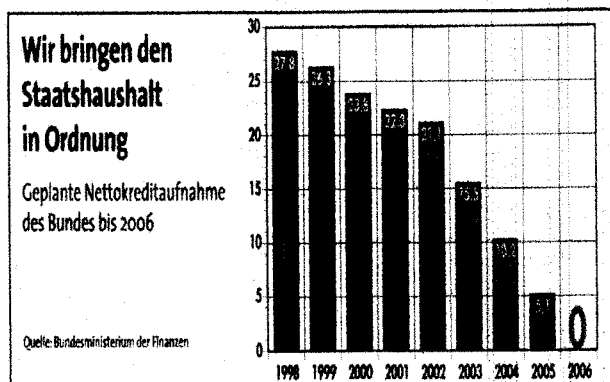
Jetzt dürfen wir gespannt sein, wie die Rückkehr in die Rechtsgemeinschaft der Zustand des permanenten Verfassungsbruchs durch seine fortgesetzte Verletzung des Amtseids (Verstoß gegen das Parteiengesetz) und Selbsterhöhung mittels „Ehrenwort“ (Verpflichtung gegenüber angeblichen Spendern) verklärt werden.

Frühere Mitarbeiter und Verantwortliche in Kohls Herrschafts- und Schwarzgeldsystems stehen wieder auf einer Kompetenzliste. So schlimm scheint es nicht zu werden. Denn einige haben sich rechtzeitig zwecks Vereitelung eines Haftbefehls ins Ausland abgesetzt. Nur wer zu spät zurück kommt, wird bestraft. Denn viele haben bereits vergessen, weshalb Späth als Ministerpräsident gehen mußte. Das sind die Grenzen der Aufklärung.

Kann die SPD mit Geld umgehen ?

Die Regierung Kohl hat Rot/Grün einen total überschuldeten Staat hinterlassen. Die Schulden des Bundes sind in den 16 Jahren Kohl von 1982 bis 1998 von 160 Mrd. € auf 740 Mrd. € (ca. 1,5 Billionen DM) angestiegen. Jede vierte Steuermark (rd. 40 Mrd. €) müssen jährlich für Zinszahlungen ausgegeben werden, ohne das ein Euro für Tilgung aufgebracht wird.

Hätte Hans Eichel es seinen Vorgängern gleichgetan, wir säßen heute auf einem Berg von rd. 890 Mrd. € Schulden, einer Summe, die ca. 3 Bundeshaushalte ausmacht. Statt dessen wurden die Staatsfinanzen geordnet, ein weiterer Schuldenanstieg vermieden. Ein Einsparvolumen von 30 Mrd. € wurde bereits im Jahre 2000 erreicht. Damit war die Trendwende bei der Neuverschuldung geschafft und bis zum Jahr 2006 soll diese auf 0 zurückgeführt werden. Wir hätten dann einen ausgeglichenen Haushalt .



Aber was macht nun Herr Stoiber ?

Er verspricht das Blaue vom Himmel, ohne zu sagen, wie er es finanzieren will. Also wieder zurück in den Schuldenstaat ?

Das dürfen Sie als Wähler am 22. September nicht zulassen ! Der dann wieder wachsende Schuldenberg geht zu Lasten unserer Kinder, die dafür nur Zinsen zahlen müssen und keinerlei Mittel für Investitionen und Erneuerungen übrig hätten.

Und wer verdient daran ? Dreimal dürfen Sie raten... Die Banken !!!!

Wenn man daran denkt, mit welcher Parole die CDU seit Jahren in die Landtagswahlkämpfe zog „die SPD kann nicht mit Geld umgehen“, überkommt einen die kalte Wut.

Sie, liebe Leserinnen und Leser, dürfen nun selbst entscheiden, wer mit Geld besser umgehen kann. Der sollte, so meinen wir vom SPD-Ortsverein, weiter an der Regierung bleiben.

SPD wirbt um ihr Vertrauen

Wir beteiligen uns nicht am Spiel der Oppositionsparteien nach dem Motto: „Wer stellt den höchsten ungedeckten Scheck aus?“ Die SPD hat bereits in 4 Jahren bewiesen: Sie kann besser mit Geld umgehen als 16 Jahre Kohl-Regierung. Das Regierungsprogramm 2002 – 2006 enthält nur seriös finanzierbare Maßnahmen:

Leitgedanken:

- Unsere Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit ist auch international gewachsen. Dem wollen wir Rechnung tragen. Das europäische Sozialstaatsmodell hat Zukunft. Deutschland soll ein offenes, tolerantes und freiheitliches Land bleiben.
- Mehr Beschäftigung bleibt die Aufgabe Nr. 1
- Wachstums- und Konsolidierungskurs soll bleiben. Das ist ein Markenzeichen der Politik von Hans Eichel.
- Die offensive Politik für Familie, Bildung und Forschung wird vorangetrieben.
- Ostdeutschland muß weiter vorangebracht werden.
- Keine Entsolidarisierung im Gesundheitswesen.

(Quelle: Regierungsprogramm der SPD im Internet: <http://regierungsprogramm.spd.de>)

Wir fordern den Aufschwung wählen. Deshalb SPD !

Arbeit zählt

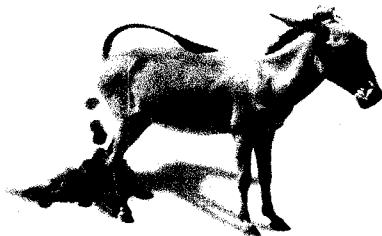
CDU/CSU	SPD
▶ 38,77 Mio. Arbeitsplätze	▶ 38,77 Mio. Arbeitsplätze + 3,1 %
▶ 3,851.636 Arbeitslose	▶ 3,851.636 Arbeitslose - 10 %
▶ 1,285 Mio. Langzeitarbeitslose	▶ 1,285 Mio. Langzeitarbeitslose - 15,7 %
▶ 714.000 Alters Arbeitslose	▶ 714.000 Alters Arbeitslose - 24,8 %
▶ 171.000 Schwerbehinderte Arbeitslose	▶ 171.000 Schwerbehinderte Arbeitslose - 11,9 %
▶ Bundesweiter Saldo von Bewerbern und Ausbildungsplätzen: 12.271	▶ Bundesweiter Saldo von Bewerbern und Ausbildungsplätzen: + 4.073
▶ JUMP-Programm Jugendliche in Arbeit und Ausbildung: 0	▶ JUMP-Programm Jugendliche in Arbeit und Ausbildung: + 400.000

Versprochen und gehalten

Die SPD hat 1998 als stärkste Fraktion im Bundestag 9 Versprechen abgegeben. Sie wurden gehalten:

1. Erfolgreiches Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit; erstmals 1996 stand für jeden Bewerber rechnerisch ein Ausbildungsplatz zur Verfügung.
2. Aufbau Ost durch Solidarpaket II stellt bis 2019 156,5 Milliarden Euro zu Verfügung. Bisher Verkehrsinfrastruktur und Stadtumbau erfolgreich geleistet.
3. Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung um über 20% erhöht. Dies bereits vor Pisa. Die SPD geführte Bundesregierung will 4 Milliarden Euro für den Ausbau von ganztägiger Bildung und Betreuung bereitstellen. Das wäre die beste Bildungs- und Familienförderung.
4. Für Sicherheitspakete wurden 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Damit wird die Kriminalität bekämpft. Auch der Atomausstieg wurde vereinbart, sowie die stärkere Förderung erneuerbarer Energien.
5. Neuer Aufbruch für Frauenpolitik gelungen. Dafür steht das Aktionsprogramm „Frau im Beruf“ mit Einstieg in eigenständige Alterssicherung, frei wählbare Elternzeit, Rechtsanspruch auf Teilzeit.
6. Mehr Steuergerechtigkeit für Familien. Sie haben 1.900 Euro (DM 3.700,-) jährlich mehr in der Tasche.

■ Was die Union für die Finanzierung ihrer Versprechen braucht.



SPD

Termine des Ortsvereines:

- 14.08. Mitgliederversammlung
- 09.09. Mitgliederversammlung
- 17.10. Mitgliederversammlung

14.09. Infostand beim Rathaus

Außerdem sind weitere Aktivitäten geplant. Für mehr Informationen wenden Sie sich bitte direkt an den Ortsverein.

7. Gesundheit wurde bezahlbarer durch Entlastung chronisch Kranker, Zahnersatzleistungen auch für junge Leute und weniger Zuzahlung für Medikamente.

8. Mehr soziale Gerechtigkeit wurde durchgesetzt durch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Schlechtwettergeld, dreimalige Erhöhung des Kindergeldes und besseren Kündigungsschutz sowie Betriebsverfassung. Auch die Lohnnebenkosten wurden gesenkt, sowie Wohn-Elterngeld und BAföG erhöht mit besseren Förderungsvoraussetzungen.

9. Rund 1,2 Millionen mehr Beschäftigte. Mit 38,8 Mio. Erwerbstätigen wurde 2001 der höchste Beschäftigungsstand seit der Wiedervereinigung erreicht. Leider bisher nur 430.000 Arbeitslose weniger. Dennoch in 4 Jahren mehr als in 16 Jahren Kohl-Regierung. Diese Erblast kann nicht kurzfristig abgetragen werden. Gegenwärtig wird eine Radikalkur gegen Arbeitslosigkeit diskutiert. Der gelungene Abbau der Staatsverschuldung und die Wirtschaftsförderung für mehr Arbeitsplätze geraten auch in Zielkonflikte. Für die SPD zählen Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Die Bilanz kann sich dennoch sehen lassen! (siehe „Arbeit zählt“)

Unser Ortsverein:

Der SPD Ortsverein Bermatingen-Ahausen hat derzeit 25 Mitglieder.

Die Vorstandschaft setzt sich zusammen aus:

OVV	Andreas Kemmer
stv. OVV	Herbert Grau
Kassierer	Peter Dick
Schriftführer	Hans J. Czaika
Beisitzer	Elisabeth Gutemann
	Andreas Lange
	Eberhard Waffenschmidt



WIR MÖCHTEN, DASS SIE NICHT NUR IM URLAUB SCHÖNE AUSSICHTEN HABEN. DIE SPD WÜNSCHT SCHÖNE FERIEEN.

Impressum:

Beiträge lieferten: M.Buchwalsky, H.Czaika, P.Dick
A.Kemmer, A.Lange, J.Pagel

Für den Inhalt verantwortlich:

SPD Ortsverein Bermatingen – Ahausen
Oberer Höhenweg 10
88697 Bermatingen

Telefon: 07544/71573
Telefax: 07544/71573

Email: andreas.kemmer@spd-bodenseekreis.de
www.spd-bodenseekreis.de

Bankverbindung:
Sparkasse Salem
BLZ: 69051725
Konto: 2006625

SPD